



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/270 - 22.11.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 890

Zur politischen Lage in Niedersachsen	S. 1
Sowjetrussischer Druck auf Österreich	S. 3
Antwort an den Industriekurier	S. 5

Mit Schepmann und Trauernicht im Rücken

-dt. Der letzte Stabschef der SA, Wilhelm Schepmann, hat bei den Kommunalwahlen, verglichen mit den Landtagswahlen 1951, dem niedersächsischen BHE im Wahlkreis Gifhorn 6 500 neue Wähler und eine leider nur nachträgliche Rüge des BHE-Vorsitzenden Kraft ("eine politische Instinktlosigkeit") eingebracht, der vom Bundesverfassungsgericht abgesetzte SRP-Abgeordnete Trauernicht im Wahlkreis Aurich den drei Bonner Parteien auf einer verwaschenen Gemeinschaftsliste rund 6 000 neue Wähler. Das sind zwei aus dem Wahlergebnis herausgegriffene Beispiele, insgesamt hatten BHE und die Bonner Parteien rund 70 solcher "Zugpferde" in den Wahlkampf geschickt.

Die Deutung Schepmann und Trauernicht mag etwas überspitzt sein, weil bei einer Wahl auch andere Erwägungen mitspielen als nur alt- und neufaschistische Namen, aber beide Beispiele sind symptomisch dafür, wie sehr die vier Parteien die Gunst der Stunde erfasst hatten, die ihnen das Karlsruher SRP-Urteil bot. Als einen Tag vor der Wahl der Fraktionsvorsitzende der DP, Pastor Schönfelder, im Landtag auf den "Fall Trauernicht" angesprochen wurde, erwiderte er: "Wir wissen alle als Parteien, was wir zu tun und was wir zu lassen haben, wenn wir uns nur in dem einen einig sind, dass wir auf demokratischer Grundlage hier in diesem hohen Hause arbeiten wollen". Ob es der "demokratischen Grundlage" und dem Ansehen des Bundesverfassungsgerichtes dienlich ist, wenn man einen Mann, den Karlsruhe durch die

Vordertür des Parlaments hinausgeworfen hat, 14 Tage später durch die Hintertür des Kreistags wieder in die politische Arena lässt ist wohl nur eindeutig zu beantworten.

Der Streit um die Erblässerschaft der verbotenen SRP ist mit dem Kampf um die Ratssitze noch nicht beendet, im Gegenteil, er hat nun auf der höheren Ebene, im Landtag eingesetzt. Durch die Ausmerzung von 16 SRP-Mandaten, darunter vier direkt gewählte, ist die Zahl der Landtags-sitze auf 142 gesunken, das gibt automatisch den 62 SPD-Sitzen ein grösseres Gewicht als bisher. Das zu ändern, haben die Bonner Parteien Auflösung des Landtags beantrag, über Neuwahlen hoffen sie, die bisher geächteten SRP-Mandate, mit denen man insgeheim stets geliebäugelt hat, in den eigenen Reihen hoffähig zu machen, also unter demokratischem Mantel gegen die SPD einzusetzen. Dagegen wehrt sich naturgemäss die SPD, weil das nicht der Sinn des Karlsruher Urteils sein kann und solange die SPD nicht will, ist die erforderliche Zweidrittelmehrheit für eine Auflösung des Landtags nicht zu erreichen. Andererseits verschliesst sich die SPD nicht der Erkenntnis, dass die Annullierung der SRP-Mandate für den Landtag eine aussergewöhnliche Situation geschaffen hat. Darum wird im Schosse der Regierung über einen modus vivendi beraten. Er kann aber nicht Auflösung des Landtags heissen.

Der Regierung gehört auch der BHE an, der sich dem Auflösungsbegehren nicht angeschlossen hat, sondern Neuwahlen in den vier ehemaligen SRP-Wahlkreisen (die heute den Bonner Parteien zufallen würden) und eine Verteilung der übrigen 12 Mandate nach den 1951 auf die Landeswahlvorschläge entfallenen Reststimmen verlangt. Diese Lösung kann die SPD nicht annehmen, weil sie alle ihre Mandate seinerzeit im direkten Wahlgang erhalten hat und daher für die Landesliste weitgehend ausgeschaltet ist.

Die Dinge liegen also reichlich kompliziert und der Stein der Weisen nach dem Urteil von Karlsruhe tief vergraben. Es wird harte Kämpfe vor und hinter den Kulissen geben. Die SPD hat dabei als kompromisslosester Gegner des Neofaschismus die Aufgabe, darauf zu achten, dass das Urteil von Karlsruhe als Ausgangspunkt dieser Situation eine Auslegung findet, die dem Geist dieser Entscheidung entspricht. Mit welchen Gegnern sie dabei zu tun hat, haben die Fälle Schepmann und Trauernicht bewiesen.

W i e n w e h r t s i c h

Von unserem O.R.-Korrespondenten in Österreich

Nach der Wiederernennung der zurückgetretenen Regierung Figl und der weiteren Ververlegung der Parlamentswahl auf den 22. Februar 1953 hat sich der innenpolitische Wellengang Österreichs rasch beruhigt. Dezeichnend ist die Tatsache, dass von Seiten der beiden bisherigen Koalitionspartner, der Österreichischen Volkspartei und den Sozialisten, nicht versucht wurde, den Bruch zu leimen und mit einem neuen Koalitionspakt in die Wahlen zu gehen.

Die Volksparteiler rechnen mit einem Stimmenverlust. Doch dürfte er keineswegs so gross ausfallen, dass die ÖVP an die dritte Stelle gedrängt würde. Wenn auch die kürzlich abgehaltenen Wahlen in 32 Gemeinden der Steiermark kein typisches Bild geben, so ermöglicht das Ergebnis vielleicht doch einen Schluss vom Kleinen aufs Grosse. Die Sozialisten hielten ihre Positionen, während die Volkspartei Stimmen an den Verband der Unabhängigen abgeben musste. Bei den Parlamentswahlen im Februar wird zweifellos die noch immer nicht konstituierte "Partei der Mitte" die Basis des VdU verbreitern. Das jüngste Verbot der Unabhängigen in der Sowjetzone dürfte die Popularität dieser Gruppe im Westen heben.

Welchen Zweck das Verbot des VdU durch die Russen hat, ist gegenwärtig nicht klar. Möglicherweise sehen die Sowjets in der Existenz einer oppositionellen Gruppe eine Gefahr für die "Volksopposition", die nichts anderes ist als die getarnte KP. Denn als "Kommunistische Partei" wagt man nicht mehr vor die Wähler zu treten, nicht einmal in der Sowjetzone. Vielleicht sind auch die Russen verärgert, weil die "Nationale Liga" des ehemaligen SS-Offiziers Dr. Slawik, die eindeutig kommunistische Tendenzen verfolgte, vom VdU eine Abfuhr erhielt, als sie sich anboterte. Inzwischen hat auch der Universitätsprofessor Dr. Dobretsberger mit seiner "Demokratischen Union" Schiffbruch erlitten: er führte sie in das KP-Lager, verlor aber dabei seine Anhängerschaft. Nur die Konjunkturritter blieben ihm treu.

Das Verbot des VdU durch die Russen hat die österreichische

Öffentlichkeit beeindruckt. Allerdings wurde damit eine Solidarität über die Parteien hinweg erreicht. Jeder Österreicher muss sich sagen, dass die Knebelung der politischen Willensäußerung heute den, morgen jenen treffen kann. Deshalb hat das Innenministerium nach Bekanntwerden des Verbots eine Erklärung veröffentlicht, in der festgestellt wurde, dass der VdU ein "ordnungsgemäss konstituierter Verein" sei und als solcher den Schutz der österreichischen Verfassung genieße, die volle Vereinsfreiheit garantiert. Wörtlich heisst es in der Stellungnahme weiter: "Das Verbot der Besatzungsmacht kann daher von keiner österreichischen Behörde zur Kenntnis genommen und von keinem österreichischen Sicherheitsorgan befolgt werden, ohne selbst die Bundesverfassung zu verletzen".

Auch der Bundeskanzler verurteilte das Vorgehen der Sowjetrussen. Der Ministerrat beschloss, beim Sowjetischen Hochkommissar und nötigenfalls beim Alliierten Rat vorzusprechen, da er, wie es in der amtlichen Aussendung heisst, "aus prinzipiellen Gründen keinerlei Massnahmen gegen verfassungsgemäss angemeldete Vereine oder Parteien dulden wird".

+ + +

Zum Tode von William Green

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands übersandte der American Federation of Labour nachstehendes Telegramm:

"Wir sind betroffen vom plötzlichen Ableben Ihres bedeutenden Vorsitzenden, William Green. Ihr verstorbener Vorsitzender war ein würdiger Nachfolger seines Vorbildes Samuel Gompers. Sein Name wird für immer mit den grossen Errungenschaften der American Federation of Labour verbunden sein. Die deutschen Sozialdemokraten sind William Green besonders dankbar für seine Unterstützung der Demokratie in Deutschland und für seine zahlreichen Solidaritätsbekundungen mit der deutschen Arbeiterbewegung. Übermitteln Sie bitte seiner Familie und den Mitgliedern der AFL unser tiefempfundenes Mitgefühl und unsere Trauer über den Verlust unseres Freundes William Green.

gez. Erich Ollenhauer
Sozialdemokratische Partei
Deutschlands".

+ + +

Antwort an den Industriekurier

Der Pressechef der Sozialdemokratischen Partei, Fritz Heine, gibt zu einem Artikel des Industrie-Kuriers, vom 22.11.1952, "SPD-Sozialausschuss gegen Sozialisierung" bekannt:

Der Industriekurier hat in seiner bekannt unseriösen Art aus "zuverlässiger Quelle" mitgeteilt, der Sozialpolitische Ausschuss der SPD habe dem Sozialisierungsentwurf des Wirtschaftspolitischen Ausschusses seine Zustimmung versagt und angeregt, auf eine weitere Sozialisierung der Grundstoffindustrien zu verzichten.

1. Der Sozialpolitische Ausschuss hat sich weder mit dem Sozialisierungsentwurf der SPD noch mit den Ergebnissen der Hessischen Sozialisierungsmassnahmen befasst.
2. Der Sozialpolitische Ausschuss hat keine Erklärungen zum Sozialisierungsentwurf und zu den Hessischen Sozialisierungsmassnahmen abgegeben.
3. Eine "Anregung" auf die Sozialisierung der Grundstoffindustrien zu verzichten, ist vom Sozialpolitischen Ausschuss nie erfolgt.
4. Der vom "Industriekurier" genannte Dr. Zorn gehört weder dem Sozialpolitischen Ausschuss noch dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss der SPD an.

Der Entwurf eines Gesetzes zur Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum wird noch in der laufenden Legislaturperiode des Bundestags vorgelegt werden.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau